

Eingang am:

Liste-Nr.:

Ggf. amtliche Kennzeichen:

Ort, Datum

An

Landratsamt Traunstein
 - Zulassungsbehörde -
 Gabelsbergerstraße 8
 83278 Traunstein

Antrag gem. § 4 Abs. 2 - 5 FZV für zulassungsfreie Fahrzeuge auf:

- A) Erteilung einer Betriebserlaubnis für ein Einzelfahrzeug
- B) Zuteilung eines amtlichen Kennzeichens

Anlagen:

1. Gutachten (2-fach) des amtlich anerkannten Sachverständigen für den Kraftfahrzeugverkehr vom _____ Nr. _____ (wenn Antrag zu A) gestellt wird)
2. Haftpflichtversicherungsbestätigung nach § 23 Abs. 1 FZV (wenn auch Antrag zu B) gestellt wird)

3. Abdruck der Allgemeinen Betriebserlaubnis Nr. _____ vom _____ mit Bestätigung des Fahrzeugherstellers oder amtlich anerkannten Sachverständigen für den Kfz-Verkehr, dass Fahrzeug und Fahrzeug-Ident.-Nr. dem genehmigten Typ entspricht (wenn nur Antrag zu B) gestellt wird)
4. Bescheinigung der früheren Zulassungsbehörde über Kennzeichenzuteilung (wenn Fahrzeug bisher ein amtliches Kennzeichen hatte und Halter oder Standort wechselte)
5. Verfügungslegitimation (Eigentumsnachweis)

Zutreffendes bitte ankreuzen!

Antragsteller (Fahrzeughalter)	Bei Minderjährigen Zustimmungsvermerk des gesetzlichen Vertreters; siehe Seite 4.		
1. Vor- und Zuname: Geb.-Datum / Geb.-Ort: Beruf - Gewerbe: Wohnort, Straße, Haus-Nr.:	_____ _____ _____ _____		
2. Regelmäßiger Standort des Fahrzeugs:	_____		
Fahrzeug	<input type="checkbox"/> Stapler und selbstfahrende Arbeitsmaschine (§ 3 Abs. 2 Nr. 1 a FZV) <input type="checkbox"/> einachsige Zugmaschine für land- und forstwirtschaftliche Zwecke (§ 3 Abs. 2 Nr. 1 b FZV) <input type="checkbox"/> Leichtkraftrad (§ 3 Abs. 2 Nr. 1 c FZV) <input type="checkbox"/> Kleinkraftrad (zwei- oder dreirädrig) (§ 3 Abs. 2 Nr. 1 d FZV) <input type="checkbox"/> Motorisierter Krankenfahrstuhl (§ 3 Abs. 2 Nr. 1 e FZV) <input type="checkbox"/> vierrädriges Leichtkraftfahrzeug (§ 3 Abs. 2 Nr. 1 f FZV) <input type="checkbox"/> Anhänger (§ 3 Abs. 2 Nr. 2 FZV) - genau bezeichnen *)		
3. Fahrzeugart:	_____		
4. Hersteller - Fabrikat:	Type: _____		
5. Fahrzeug-Ident.-Nr.:	_____		
	Hubraum	cm ²	Höchstgeschwindigkeit km/h
6. Das Fahrzeug - <input type="checkbox"/> wurde <input type="checkbox"/> wird erstmals in den Verkehr gebracht am:	_____		
- Bisher war das amtliche Kennzeichen:	_____		zugeteilt
für den Fahrzeughalter:	_____		
- trägt die Prüfplakette § 29/4 StVZO	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	gültig bis _____
7. Betriebserlaubnis ist auszuhändigen an:	_____		

Hinweis: Jede Veränderung, Außerbetriebsetzung, Standortwechsel oder Veräußerung des vorgenannten Fahrzeugs sowie jeder Wohnungswechsel des Fahrzeughalters sind im Sinne des § 13 FZV unverzüglich der zuständigen Zulassungsbehörde anzuzeigen. Hierbei sind die Betriebserlaubnis und die **Bescheinigung über die Kennzeichenzuteilung** vorzulegen. Im Falle der Außerbetriebsetzung oder Standortwechsel sind außerdem die Kennzeichen entstempeln zu lassen. Nur bei Veräußerung sind die Fahrzeugpapiere dem Erwerber auszuhändigen und ist die Empfangsbescheinigung darüber mit der Veränderungsmittelteilung der Zulassungsbehörde zu übergeben.

Ich willige ein, dass das Kraftfahrt-Bundesamt die bei der Zulassung oder Umschreibung in der Zulassungsbescheinigung Teil II erfassten Angaben über das Fahrzeug, Zulassungsdatum und amtliches Kennzeichen sowie Namen und Anschrift des Halters an Dritte für Zwecke der Werbung und Meinungsforschung übermittelt: Ja Nein

(Unterschrift des Antragstellers oder Bevollmächtigten, bei Firmen - Firmenstempel, bei Minderjährigen siehe Zustimmungserklärung auf Seite 4)

*) a) Anhänger in land- oder forstwirtschaftlichen Betrieben, die mit nicht mehr als 25 km/h **) mitgeführt werden,
 b) Wohnwagen und Packwagen im Schaustellergewerbe, die mit nicht mehr als 25 km/h **) mitgeführt werden,
 c) fahrbare Baubuden, die mit nicht mehr als 25 km/h **) mitgeführt werden,
 d) Arbeitsmaschinen,
 e) Spezialanhänger zur Beförderung von Sportgeräten oder Tieren für Sportzwecke,
 f) einachsige Anhänger hinter Krafträdern, Kleinkrafträdern und motorisierten Krankenfahrstühlen,
 g) Anhänger für Feuerlöschzwecke,
 h) land- oder forstwirtschaftliche Arbeitsgeräte,
 i) hinter land- oder forstwirtschaftlichen einachsigen Zug- oder Arbeitsmaschinen mitgeführte Sitzkarren.
 **) Höchstgeschwindigkeit des Zugfahrzeuges bzw. Höchstgeschwindigkeitsbezeichnung 25 km/h

Zustimmung des gesetzlichen Vertreters bei einem/einer minderjährigen Fahrzeughalter(in):

Ist ein Elternteil alleiniger gesetzlicher Vertreter, so ist dies zu erläutern!

Zum Beispiel: Vater gestorben; Sterbeurkunde mit vorlegen – Ehe geschieden; ggf. Beschluss des Vormundschaftsgerichtes oder Geburtsurkunde des nichtehelichen Kindes vorlegen.

Ich (Wir) gebe(n) hiermit als gesetzlicher Vertreter d. Fahrzeughalters/Fahrzeughalterin die Einwilligung zur Zulassung des Fahrzeuges zum Verkehr auf öffentlichen Straßen.

(Ort, Datum)

Vater: _____
(Ort, Datum)

und

Mutter: _____
(Ort, Datum)

oder **Vormund:** _____
(Ort, Datum)

Bestellung durch das Vormundschaftsgericht (durch Fotokopie bestätigen).

in _____ am _____ Az. _____

Die Unterschrift wird hiermit beglaubigt:

Name und Anschrift des gesetzlichen Vertreters:

(Verwaltungsbehörde – Polizeiliche Dienststelle – Notar*)

I. Feststellung:

1. Antrag geprüft; örtliche und sachliche Zuständigkeit nach § 68 Abs. 2 StVZO ist gegeben.
2. Verfügungslegitimation des Antragstellers wurde überprüft.
3. Soweit es sich um Antrag zu A) auf Einzelbetriebserlaubnis handelt: *)
 - Gutachten des a. a. Sachverständigen liegt vor, Kopie wurde zum Akt genommen.
4. Soweit es sich um Antrag zu B) auf Kennzeichenzuteilung handelt: *)
 - a) Haftpflichtversicherungsbestätigung zum Akt genommen, gültig ab _____ *)

Mitteilung des Kennzeichens an Versicherer _____
 - b) Der Halter ist von der Versicherungspflicht befreit. *)
 - c) soweit Antragsteller minderjährig, wurde Einverständniserklärung des gesetzlichen Vertreters zum Akt genommen. *)
 - d) Da „Allgemeine Betriebserlaubnis“ bereits vorliegt, wird Einzel-Betriebserlaubnis nicht beantragt. *)
5. Soweit dem Fahrzeug schon bisher ein Kennzeichen zugeteilt war,
 - wurde die bisherige Bescheinigung hierüber beigegeben. *)
 - bish. Kennzeichen entstempelt, letzte Zulassungsbehörde unter Rücksicht der bisherigen Bescheinigung verständigt _____ *)
6. Amtliches Kennzeichen entfällt. Kennzeichnung erfolgt nach § 64 b StVZO, § 4 Abs. 4 FZV.

II. Verfügung:

7. Einzel-Betriebserlaubnis wird gem. § 21 StVZO, § 4 Abs. 1 FZV erteilt *)
 - eingetragen in Sachverständigen-Gutachten.
8. Zugeteilt wird gem. § 8 Abs. 1 FZV das amtliche Kennzeichen: _____ *)
 - eingetragen im Betriebserlaubnis-Nachweis _____
 - Bescheinigung über Kennzeichenzuteilung ausgefertigt _____
 - Fahrzeug und Kennzeichen geprüft und abgestempelt _____
9.
 - a) etwa fällige Untersuchung nach § 29 StVZO wurde gleichzeitig festgesetzt. *)
Untersuchungsbefund hierüber wurde zum Akt genommen.
 - b) Prüfplakette wird/war zugeteilt, gültig bis zur nächsten HU _____ *)
eingetragen im Nachweis lt. Ziffer II/8.
10. Etwaige Auflagen und Ausnahmen: _____
11. Eingetragen in Liste Nr. _____ und Kartei _____
12. Kostenbewertung (s. nachf. Festsetzung bei IV)
13. Sonstige Verfügung: _____
14. Ausgehändigt an Antragsteller (s. Empfangsnachweis bei III)
15. Zum Akt

(Ort, Datum)

(Unterschrift der Zulassungsbehörde)

III. Empfangsnachweis zu II über:*):

- a) Sachverständigengutachten mit Betriebserlaubnis
- b) Kennzeichenzuteilung
- c) Kennzeichen-Bescheinigung
- d) Allgemeine Betriebserlaubnis
- e) Verfügungslegitimation

- f) _____

(Ort, Datum)

(Unterschrift des Empfängers)

IV. Kostenfestsetzung und -ansatz

Erteilung der Betriebserlaubnis	EUR _____
Aufstellung der Erfassungsunterlagen	EUR _____
Zuteilung der Erk.-Nummer des Kennzeichens	EUR _____
Abstempelung des Kennzeichens	EUR _____
Prüfung der Identität	EUR _____
Zuteilung von Stempelkarten	EUR _____
Zuteilung einer Prüfplakette	EUR _____
Erteilung einer Bescheinigung	EUR _____
Niederschrift	EUR _____
Auslagen	EUR _____
	EUR _____
Zwischensumme:	EUR _____

Raum für Kostenmarken

Durchlaufende Gelder (KBA):

Aufstellung der Erfassungs-Unterlagen	EUR _____
Berichtigung der Erfassungs-Unterlagen	EUR _____
Gesamtsumme:	EUR _____

KEB / Geb.-Reg.-Nr. _____

(Unterschrift des Kostenbeamten)

*) Nichtzutreffendes streichen!